2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 27. | Dresden, Donnerstag den 2. Februar 1905 | 16. Jahrgang.

Reichstag.

131. Sitzung. Mittwoch, 1. Februar 1905. Nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Rheinbaben, v. Podbielski, v. Hammerstein, Kraetke, Frhr. v. Stengel und Dr. Stübel.

Reichskanzler Graf **Bülow**: Ich habe die Ehre, diesem hohen Hause die neuen Handelsverträge mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn vorzulegen. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß Sie diesen Verträgen ihre Zustimmung geben und damit ein fundamentales Werk einem glücklichen Abschluß zugeführt werden. Auf die Einzelheiten will ich an dieser Stelle nicht eingehen; über die allgemeinen wirtschaftspolitischen Ziele unserer Handelsvertragspolitik habe ich mich hier oft geäußert; ich will mich daher auf ein paar Punkte beschränken. Der Tarif von 1879 führte zur Erstarkung unserer Industrie, die sich mehr und mehr in der Richtung zum Großbetriebe entwickelte. Inzwischen umgaben sich aber die Handelsstaaten mit Zollschranken, die unserer Industrie den Absatz ihrer überschüssigen Erzeugnisse erschwerten. Drohte drohende Gefahr, in unserer Ueberproduktion zu ersticken, wurde durch die im Anfang der 90er Jahre abgeschlossenen Handelsverträge beschworen. Es begann ein neuer, glänzender Aufschwung unserer Industrie, der im Jahre 1896 einsetzte und bis um die Mitte des Jahres 1900 dauerte. Von da an begann eine Abflauung, die aber jetzt ihr Ende erreicht zu haben scheint, wie z. B. die Einnahmen aus den Eisenbahnen beweisen. Dagegen ist die Lage unserer Landwirtschaft, der durch jene Handelsverträge ein großer Teil ihres Schutzes genommen war, infolge des unbefriedigenden Standes der Getreidepreise, infolge des Hinzutretens anderer ungünstiger Produktionsbedingungen eine immer trübchere geworden. (Bewegung.) Die Bevölkerung des platten Landes beträgt zur Zeit nur noch 46 % gegen 54 % in den Städten. Ich habe es mehr wie einmal von dieser Stelle aus gesagt, daß Deutschland nicht lediglich Industriestaat ist. Es ist ein Industrie- und Agrarstaat zugleich. Weite Strecken unseres Vaterlandes, besonders im Osten, aber auch in Bayern usw., sind vorzugsweise landwirtschaftlich, weil hier die Vorbedingungen für eine Industrie fehlen oder doch nur spärlich vorhanden sind. Ich erkenne die Bedeutung von Industrie und Handel für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und für unsere Machtstellung in der Welt durchaus an. Aber ich betrachte die Landwirtschaft als einen den beiden anderen vollständig gleichwertigen Faktor. (Bravo! rechts.) Ein fest angesessener Bauernstand ist die Grundlage unserer Kultur. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn ein so wichtiger Volksorganismus krank ist, so ist es Pflicht einer staatserhaltenden Politik, ihm alle nur mögliche Pflege und Fürsorge angedeihen zu lassen. Der Rückblick auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre ließ die verbündeten Regierungen den Gesichtspunkt klar erkennen für die Neuordnung der Handelsbeziehungen. Die verbündeten Regierungen glaubten an dem bisherigen System der konventionellen Vertragssätze für eine längere Reihe von Jahren festhalten zu müssen. Aber nur auf einer für uns akzeptablen Basis durften wir Verträge abschließen. Deshalb mußten wir zunächst auf eine Revision unseres Tarifs sehen. Ich habe niemals aus meiner Ueberzeugung ein Hehl gemacht, daß die Landwirtschaft in den letzten Handelsverträgen zu kurz gekommen ist (Sehr richtig! rechts. Oho! links) und unter der damaligen Heraufsetzung der Zölle schwer zu leiden hatte. (Erneutes Sehr richtig! rechts. Heftiger Widerspruch links.) Wir bedurften eines höheren Zollschutzes für unsere heimische Viehzucht, desgleichen für den heimischen Hopfenbau, der bei unserem Klima wohl auf lange der Kern der Landwirtschaft bleiben wird und etwa die Hälfte unserer Ackerbaufläche einnimmt. Die Getreidepreise zeigen in den letzten 25 Jahren unter manchen Schwankungen eine fallende, durch die Konkurrenz des billiger produzierenden Auslandes und die Verbilligung der Transportmittel herbeigeführte Tendenz. Wenn wir also erhöhten Zollschutz für die Landwirtschaft unbedingt notwendig hielten, so durften wir auf der anderen Seite nicht zu weit mit der Erhöhung gehen, um nicht den Abschluß langfristiger Handelsverträge zu erschweren. Von diesen objektiven Gesichtspunkten aus (Lautes Gelächter bei den Soz.) sind die verbündeten Regierungen an die Abmessung neuer Getreidezölle herangetreten. Bekanntlich bildeten die Getreidezölle den umstrittensten Teil des neuen Tarifs; aber unbekümmert um die Angriffe von rechts und links haben die verbündeten Regierungen festgehalten an den von ihnen für angemessen erachteten Zollsätzen. Wir haben einen harten, langwierigen diplomatischen Kampf mit den Vertragsstaaten führen müssen, um namentlich gegenüber Rußland und Oesterreich-Ungarn die landwirtschaftlichen Zölle in der von diesem hohen Hause beschlossenen Höhe durchzusetzen. Aber wir haben unser Ziel erreicht: wir haben Handelsverträge erlangt und eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle durchgesetzt. Für die Mehrheit der verbündeten Regierungen stand der Entschluß fest, unbedingt am System der Handelsverträge festzuhalten, und einen höheren landwirtschaftlichen Zollschutz konnten wir nicht erreichen, wenn wir überhaupt Handelsverträge abschließen wollten. — Die Besorgnis, daß die Erhöhung der Lebensmittelzölle die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung, besonders der Arbeiter, in unerträglicher Weise belasten werde, diese Besorgnis halte ich für ungerechtfertigt. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Durch den neuen Vertragstarif werden die Zölle für die beiden Hauptgetreidearten wesentlich wieder auf diejenige Höhe gebracht, die sie in den Jahren 1887—1892 betrugen. (Sehr richtig! rechts und im Zentr. Unruhe links.) Seit jener Zeit hat sich, wie die Statistiken der Einkommensteuer und der Krankenkassen-Einlagen beweisen, die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung und namentlich auch die der lohnarbeitenden Klasse wesentlich gehoben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum, Widerspruch links.) Dieser Aufschwung hat sich vollzogen unter einem System des Schutzes der nationalen Arbeit. In Frankreich hat der republikanische, radikal-demokratische Block, in welchem die sozialistische Gruppe einen großen Einfluß ausübt, einen Antrag auf Ermäßigung des Weizenzolls mit großer Mehrheit abgelehnt. (Hört, hört! rechts.) Dagegen einen Antrag auf Erhöhung der Viehzölle trotz des Widerspruchs der Regierung angenommen. (Hört, hört! rechts.) Die französischen Radikalen sind eben praktischere Leute als ihre mehr doktrinär angelegten deutschen Gesinnungsgenossen. — Bestreiten muß ich, daß wir die Minimalzölle für Gerste haben fallen lassen. Bekanntlich bilden die Differenzierungen der Gerste durch die Normierung besonderer Zollsätze für Braugerste einen der bedenklichsten Punkte jenes Kompromisses, das zur Annahme des Antrages Kardorff und dadurch zur Annahme des ganzen Zolltarifes geführt hat. — Sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über den Seuchen- und Sperrschutz für unsere heimischen Viehbestände, da besonders Rußland und Rumänien veterinär-politische Zugeständnisse für die Vieh- und Fleischeinfuhr verlangten. Wir haben uns selbst in räumlich nicht darauf eingelassen, da wir den Schutz unserer Viehzucht vor Ansteckung als eine der wichtigsten Fragen deutscher Politik betrachten. Mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn stehen wir gegenüber allen Vertragsstaaten volle Aktions- und Sperrfreiheit. Auch Oesterreich gegenüber haben wir in der neuen Viehkonvention unsere Sperrbefugnisse ganz bedeutend erweitert und an die Stelle der Reversivsperre die Präventivsperre gesetzt. Nur gegenüber der Einfuhr von Schlachtvieh haben wir uns auf eine engere Begrenzung unseres Sperrrechts eingelassen. Die Grenzkonvention und ihre richtige Handhabung durch meinen Freund, den Landwirtschaftsminister (Große Heiterkeit), wird unseren Viehbestand zuverlässig schützen. Es ist uns ferner gelungen, wesentliche Ermäßigungen unserer Viehzölle zu erlangen. Der Zoll für Schweine wird künftig etwa 13½—14 M. betragen, das heißt viermal so viel als bisher. (Hört, hört! links.) Von großer Bedeutung ist auch die Herabsetzung des Pferdezolls. Den autonomen Tarif für Hopfen mit 30 M. konnten wir Oesterreich-Ungarn gegenüber natürlich nicht durchsetzen; die Hopfenproduzenten werden sich also mit der immerhin ins Gewicht fallenden Erhöhung von 6 Mark zufriedengeben müssen. Einige Zugeständnisse haben wir natürlich machen müssen, denn der Handelsvertrag, in welchem der eine Teil alles und der andere gar keine Zugeständnisse macht, muß erst gefunden werden; irgendwo muß ein Loch sein. (Heiterkeit.) Wir haben Rußland gegenüber den Stückzoll von 70 Pf. pro Gans nicht beibehalten können; wichtige Zugeständnisse haben wir aber nur bei Futtergerste und Holz gemacht. Sind doch an der Erniedrigung des Zolles für Futtergerste auch Teile der Landwirtschaft selbst, namentlich die Viehzucht, interessiert. Wir haben uns ferner entschließen müssen, das oberschlesische Schweinekontingent von 1200 auf 2500 zu erhöhen. Die Rückwirkung dieses Zugeständnisses wird für unsere gesamte Schweineproduktion nicht von erheblicher Bedeutung sein. Alles in allem genommen, bringen die neuen Handelsverträge der Landwirtschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer bisherigen Gesamtverhältnisse. Wir durften aber bei den Verhandlungen auch nicht die Interessen der Industrie aus dem Auge lassen; Italien und Belgien gegenüber, die ihre Zolltarife nicht erhöht haben und bei denen unsere landwirtschaftlichen Zollerhöhungen nicht wesentlich ins Gewicht fallen, war es ziemlich leicht, die bisherigen Ausfuhrbedingungen für unsere Industrie im großen und ganzen aufrecht zu erhalten. Anders mit Rußland, Frankreich, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn, die mit wesentlich erhöhten Tarifsätzen in die neuen Verhandlungen eintraten. (Hört! Hört! links.) Es war vorauszusehen, daß Rußland die Gelegenheit benutzen werde, seine Zollsätze für unsere Industrieprodukte zu erhöhen; Hat doch schon Bismarck etwa im Jahre 1887 zu dem damaligen russischen Minister Giers gesagt: Weinen Sie nicht über unsere Zollerhöhungen, unseren Agrarzöllen werden Sie eine russische Industrie zu verdanken haben. (Heiterkeit.) Insbesondere hat sich Rußland bemüht, durch planmäßige Heraufsetzung seiner Eisenzölle eine heimische Eisenindustrie großzuziehen, worunter namentlich unsere Eisenausfuhr aus Oberschlesien gelitten hat. Mit diesen Verhältnissen mußten wir rechnen; aber trotz dieser in der Natur der Dinge begründeten Hindernisse ist es uns gelungen, die Interessen auch unseres Handels und unserer Industrie wahrzunehmen. Gewiß ist es uns gelungen; aber Sie dürfen nicht vergessen, daß das System langfristiger Handelsverträge in erster Linie im Interesse des Handels und der Industrie liegt, daß die Landwirtschaft die Inaugurierung dieses Systems mit Herabsetzung ihrer Zölle hat bezahlen müssen und daß die Landwirtschaft jetzt nur wieder erhält, was ihr damals genommen wurde. (Lachen b. d. Soz.) Das ist keine Bevorzugung der Landwirtschaft, zumal Handel und Industrie im wesentlichen die Bedingungen erhalten haben, deren sie zu ihrem Gedeihen bedürfen. Wir haben Abstand genommen von der Kündigung der bestehenden Handelsverträge und haben dadurch die Kontinuation unserer Handelsbeziehungen gewahrt und unserem Handel die Unsicherheit und Erschütterung erspart, die ihm sonst gedroht hätte. Ich habe wenigstens die Absicht, die neuen Handelsverträge am 15. Februar 1906 in Kraft treten zu lassen; unser Handel und unsere Industrie haben also ein Jahr Zeit, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Rußland hat uns auch sonst bedeutsame Zugeständnisse gemacht; es hat die jüdischen und christlichen Handelsreisenden gleichgestellt im Paßwesen und auch im Grundbesitzerwerb Erleichterungen gewährt und zugesichert, uns von den allmählichen Einverleibungen Finnlands in das russische Zollgebiet stets aller zwei Jahre Kenntnis zu geben. Rußland hat die Absicht aufgegeben, Zollzuschläge von Waren zu erheben, die nach Sibirien gehen, und es hat ferner die Brüsseler Zuckerkonvention anerkannt. Natürlich kann ich hier nicht auf Einzelheiten eingehen. (Ironisches Aha! und Lachen b. d. Soz.) Nur möchte ich vor der Uebertreibung warnen, wenn von russischen Prohibitivzöllen gesprochen wird. Einzelne der neuen Positionen mögen eine Prohibitivwirkung ausüben (Hört, hört! links), für die Mehrheit derselben trifft es aber nicht zu. Wir hoffen, daß auch die Wirkung der Zollerhöhung auf Maschinen und Maschinenteile nicht so groß sein wird, wie die Zahlen auf den ersten Blick befürchten lassen. Sind doch die landwirtschaftlichen Maschinen nie bisher ganz vom Zoll befreit. Unsere Industrie mit ihren ausgezeichneten technischen Kräften wird es verstehen, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Ich hätte beinahe gewünscht, den Herren, die mich so derb in der Presse getadelt haben, die Führung der Verhandlungen über den Abschluß der Handelsverträge zu übertragen. (Große Heiterkeit.) Ein Abbruch der Verhandlungen hätte zur Kündigung der Verträge und diese hätte zu Zollkriegen geführt. Die Zollkriege andererseits hätten neue Verhandlungen im Gefolge gehabt, und diese würden ungefähr denselben Verlauf genommen haben wie heute. Dies wäre aber weder dem Handel noch der Industrie noch der Landwirtschaft von Nutzen gewesen. Die verbündeten Regierungen glauben genau die richtige Mittelstraße gefunden zu haben. Wie ich schon im vorigen Jahre im Herrenhause sagte: Schutz für unsere notleidende Landwirtschaft und Freiheit für die Ausfuhr unserer Industrieerzeugnisse sind die beiden Leuchttürme, durch die unsere wirtschaftspolitische Fahrtroute hindurchführt, die mehr Sandbänke und mehr Klippen enthält, als die Kenner in ihrer Schulweisheit sich träumen lassen. (Heiterkeit.) Mich aufzufordern, günstigere Handelsverträge durch einen frischfröhlichen Zollkrieg zu erzwingen, das heißt so viel, wie mich auffordern, an einem Blitzableiter auf die Reichstagskuppel oder auf den Rathausturm zu klettern. (Große Heiterkeit. Zuruf b. d. Soz.: Das würde Ihr nicht ausstehen. Erneute Heiterkeit.) Wer mehr verlangt als wir erreicht haben, der kennt die Verhältnisse nicht so genau wie ich (Unruhe links); ich will nicht sagen, er redet das Blaue hinein (Erneute Unruhe links), aber er tut Kenntnis, ohne den Ueberblick zu besitzen, der zur Beurteilung der einschlägigen Verhältnisse nötig ist. Der Ausschuß der widerstreitenden, unter Volk in seinen tiefsten Tiefen erschütternden Bestrebungen mußte gefunden werden, er wurde gefunden in Gestalt des neuen Zolltarifs. (Unruhe links.) Mit dem neuen Zolltarif hat der Reichstag der Regierung eine feste Basis unter die Füße gegeben, auf Grund deren sie die bestmöglichen Verträge abschließen konnte. — Die neuen Verträge bilden ein einheitliches Ganzes, **sie können nur im ganzen angenommen oder verworfen werden.** Jeder Erwerbsstand muß sich zufriedengeben mit dem, was er erreicht hat, und Sonderwünsche zurückstellen. Die neuen Verträge betreten unser wirtschaftliches Leben vom Druck der Ungewißheit und Unsicherheit, den es auf die Dauer nicht ertragen könnte. Der Bundesrat hat die Handelsverträge **einstimmig** angenommen, und ich hoffe, daß auch der Reichstag ihnen im Interesse der Wohlfahrt des Reiches und des Schutzes der nationalen Arbeit seine Zustimmung geben wird. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Singer** (Soz.) bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf **Ballestrem**: Vor Eintritt in die Tagesordnung kann ich keinem Mitgliede des Hauses das Wort erteilen.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und setzt die zweite Beratung des **zweiten Nachtragsetats für Südwestafrika** (für 1904) fort. Die Kommission beantragt, als erste Rate für **Wiederherstellung der Hafenanlage in Swakopmund** 1,9 Millionen Mark anstatt der von der Regierung geforderten 2,2 zu bewilligen.

Abg. **v. Böhlendorff** (kons.) tritt für die Bewilligung ein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.): Die jetzige Neuforderung gehört absolut nicht in den Nachtragsetat. Wir haben nicht die mindeste Veranlassung, für diese Position einzutreten. (Beifall links.)

Abg. **Lattmann** (Antis.) ist für die Bewilligung der Regierungsforderung unter der Voraussetzung, daß nicht die Bodenspekulation alle Vorteile einsteckt. (Beifall b. d. Antis.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Die Hafenanlage in Swakopmund ist ein besonderes Schmerzenskind im schmerzensreichen Schutzgebiete. Jetzt werden wieder Forderungen gestellt ohne Kostenanschläge. Wir sollen wieder ins Blaue hinein bewilligen und schwere Summen ins Wasser werfen. Selbstverständlich stimmen wir gegen die Positionen. In Swakopmund sind 300 italienische Arbeiter beschäftigt, welche sich beklagen, mit schönen, dann nicht gehaltenen Versprechungen dorthin gelockt worden zu sein. Man hat ihnen auch höhere Preise für die Rückfahrt abgefordert als vereinbart war. (Hört, hört! links.)

Kolonialdirektor **Stübel**: Die Zweifelhaftigkeiten über die Arbeitsverhältnisse in Swakopmund sind durch den dortigen Beamten beigelegt worden. — Redner verteidigt alsdann die geforderte Position.

Abg. **Storz** (südd. Volksp.) teilt aus der Broschüre eines Kolonialfreundes eine Stelle mit, wonach in Swakopmund eine ganz andere Mole gebaut werden müsse. Der Reichstag wird Ohrenlaufen bekommen, wenn er die dazu nötigen Summen hören würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir müssen jedenfalls bessere Vorarbeiten haben, ehe wir die Forderungen bewilligen.

Kolonialdirektor **Stübel** und Abg. **v. Boehlendorff** (kons.) treten noch einmal für die Forderungen ein.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ebenso der Nachtragsetat mit der Indemnitätsklausel. Der Etat der Expedition in Südwestafrika für 1905 wird debattelos bewilligt.

Hierauf setzt die 2. Etatsberatung beim **Etat des Reichsamts des Innern** (Titel: Staatssekretär) fort.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die bekannten Resolutionen zum Bergrecht. Der Abg. **Auer** (Soz.) beantragt, die Forderungen der Bergarbeiter durch Einfügung in die Gewerbeordnung zum Gesetz zu machen. Auch Abg. **Gothein** (freis. Vereinigg.) beantragt Ergänzung der Gewerbeordnung zum Schutze der Bergarbeiter und dieser Antrag ist auch von Zentrumsabgeordneten unterzeichnet, während der Antrag Frhr. v. **Heyl** (nationallib.) ein Enquete durch die arbeitsstatistische Kommission fordert.

Abg. **Sachse** (Soz.): Der Bergbauliche Verein ruft nach der Regierung nur, wenn er das Einschreiten von Militär wünscht; sonst kümmert er sich nicht um sie. Die Regierung hat daher einen anderen Weg eingeschlagen und bereitet ein preußisches Berggesetz vor. Aber vom Dreiklassenparlament ist nichts zu erwarten; das haben wir in den Jahren 1889—1892 gesehen. (Sehr richtig! links.) Mit unserem Antrage geben wir die prinzipielle Forderung eines einheitlichen Bergrechts nicht auf; wir wollen aber zunächst die allerdringlichsten Mißstände beseitigen. Auf die Erklärung des Ministers Möller, daß die parlamentarische Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses mit der Siebener- d. h. der Revier-Streikkommission in Unterhandlung getreten sei, hat das Zentrum sich zurückgezogen und auf ein Einschreiten des Reichstags verzichtet. Die christlichen Arbeiter sind mit diesem Rückzug des Zentrums sehr unzufrieden. Sie wissen, was vom preußischen Landtage zu erwarten ist; scheiterte doch am Bündnis der Konservativen und der Zechenvertreter 1892 sogar die Regierungsvorlage. (Hört! hört! links.) Da können Sie es den Arbeitern — und zwar den Arbeitern aller Parteien — nicht verdenken, wenn sie gegen Regierungsversprechungen mißtrauisch sind. Können wir es doch erleben, daß die Regierung ihre Vorlage einfach zurückzieht. Die Arbeiter sind bereit, die Taube auf dem Dache für den Sperling einzutauschen; aber sie wollen den Sperling in der Hand halten und nicht an die Wand hingemalt haben. Nun zur Begründung unserer Forderungen. Im Ruhrrevier ist das Durchschnittsalter der Arbeiter in stetem Sinken begriffen, während die Krankheitsziffern eine Steigerung aufweisen. Massenhaft werden die Arbeiter zu Ueberschichten kommandiert, ohne auch nur gefragt zu werden. Mir liegt ein Lohnbuch vor, laut welchem ein Bergmann mit 45 Ueberschichten im Monat 118 M. verdient hat. (Hört! hört! bei den Soz.) Nur ein klipp und klares Verbot der Ueberschichten kann hier Wandel schaffen. — Ebenso alt wie die Forderung des Verbots der Ueberschichten ist die Forderung eines Verbots des Wagennullens. Es ist zu bestreiten, daß das Nullen nur 3 Prozent der Förderung beträgt; aber selbst, wenn dem so sein sollte, so bleibt die Tatsache einer doppelten Bestrafung bestehen. Bei aller Härte auf den fiskalischen Gruben im Saarrevier ist dort wenigstens ein Strafmaximum von 6 M. für den Monat vorgesehen. — Das Beste würde sein, die Strafe durch Wiegen der Kohlen festzustellen. — Ein weiterer Wunsch der Arbeiterschaft richtet sich auf frühere Auszahlung des Lohnes. Jetzt erfolgt die Lohnzahlung erst nach 6 Wochen. Unerträglich sind ferner die Abzüge für Schießmaterial: so werden einem kranken Bauer auf Zeche Konstantin von dem nominell 1861 M., die er jährlich verdiente, allein 411 M. für Schießmaterial abgezogen. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Wir könnten der Regierung das Material nicht nur kisten-, sondern bergeweise schicken. (Heiterk.) Es zu untersuchen, ist ihre und nicht unsere Sache — Dem Antrag Gothein stehen wir immerhin sympathisch gegenüber, namentlich der Forderung obligatorischer Arbeiterausschüsse; doch geht uns der Antrag nicht weit genug. Eine gründliche Kontrolle kann nur von unabhängigen, aber vom Staate bezahlten Arbeiterkontrolleuren ausgeübt werden. Die Arbeiter wollen die Wagenkontrolleure aus ihrer Tasche bezahlen, man kann ihnen aber nicht zumuten, auch noch auf ihre Kosten Grubenkontrolleure zu stellen. — Wir verlangen auch eine Neuregelung des Mietrechts bei Zechenwohnungen. Heute sind die Arbeiter in den Zechenkolonien vollständig in die Hand des Grubenbesitzers gegeben und ihr Koalitionsrecht ist tatsächlich illusorisch gemacht. — Die Untersuchungskommission verfährt nicht mit gleichem Maß. Neben drei staatlichen Beamten sitzen drei Arbeiter drin und drei Leute von der Grubenverwaltung. Letztere bekamen auf der Zeche Herkules einen Stenographen, die Arbeiter erst dann, als sie mit Verlassen des Lokals drohten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Beweise, welche die Arbeiter beizubringen sich erbieten, werden von der Kommission zurückgewiesen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Der Landrat, der in der Untersuchungskommission auf Zeche Bruchstraße sitzt, hat nicht das Vertrauen der Arbeiter, seine protzenhafte Drohung, auf die Ausständigen schießen lassen zu wollen, hat selbst im Bürgertum Erbitterung hervorgerufen. — Nur ein Reichsgesetz kann helfen, denn die Beschwerden gelten für Sachsen, Bayern und die Kleinstaaten ebensogut, wie für Preußen. (Sehr richtig! links.) Die Kirchhofsruhe im Saarrevier kann im Ruhrrevier nicht hergestellt werden. Nicht sozialdemokratische Hetze hat den Streik verursacht; das hat ja auch Kollege Stecker zugegeben. Machen Sie gut, was an den Bergarbeitern gesündigt ist, durch ein brauchbares Reichsberggesetz und denken Sie an den Spruch aus Wilhelm Tell: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht!“ (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Sächs. Bevollmächtigter Geheimrat **Fischer** kommt auf den in einer neulichen Rede des Abg. Sachse erwähnten Fall zurück, wo ein Werksdirektor seinen Arbeitern mit Strafe gedroht hat, wenn sie nicht ein bestimmtes Quantum Kohle förderten. Nach den Akten des Gewerbegerichts hatte die Firma nach der Arbeitsordnung das Recht, den Bergarbeitern 1—3 Mark abzuziehen, wenn sie bei der Förderung nachlässig gewesen seien. Diese Nachlässigkeit habe das Gewerbegericht angenommen. (Lachen b. d. Soz.) Angesichts der Bestimmung in der Arbeitsordnung ist dem Gewerbegericht vom Abg. Sachse zu Unrecht der Vorwurf gemacht worden, daß es sich auf den kapitalistischen Standpunkt gestellt habe. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Semmler** (nlib.) tritt für den Antrag Heyl ein. **Gesetze sollen nicht in einer leidenschaftlichen Stimmung gemacht werden.** Die 200 000 Bergarbeiter seien durch eine schrankenlose Agitation verhetzt. (Widerspruch bei den Soz.) Der Aufstand im Ruhrrevier sei eine politische Machtfrage. (Lebh. Widerspruch.) Das Verhalten des Reichskanzlers und des Handelsministers war durchaus korrekt. Als die Zechenbesitzer kein Entgegenkommen zeigten, leitete die Regierung eine ungewöhnlich umfangreiche Enquete ein und kündigte ein Notgesetz an,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050202/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG